



Foto: Silke Wenk

## Unser Tierpark

Lange hegten die Berliner im Osten den Wunsch nach einem Tierpark in ihrem Teil der Stadt. Der Zoo lag zerstört im Westteil, und so beschloss der Magistrat am 27. August 1954 den Bau eines neuen und schöneren Tierparks auf dem Gelände des Schlossparks Friedrichsfelde. Das Schloss, das unter Denkmalschutz steht, sollte repräsentativ in die Gartenanlage eingebunden werden. Das Nationale Aufbaupark war Träger der Bauarbeiten, und in nur einem Jahr schufen hunderte freiwillige Helfer einen Park, der inzwischen nach 55 Jahren zu den schönsten und größten der Welt gehört.

Der Tierpark wuchs mit den Jahren, und auch der Bestand der Tiere wurde größer und anspruchsvoller. Nur wenige Zoos der Welt bieten ihren Tieren so viel Platz. Durch den internationalen Austausch mit anderen Zoos und die Teilnahme an Zuchtprogrammen zur Arterhaltung rangiert der Tierpark ganz vorn in der Rangliste der wichtigsten Zoos der Welt. Jüngst kamen z. B. vier Atlashirsche aus San Diego dazu. Die Art stammt aus Nordafrika. Der Tierpark ist der einzige Zoo der Welt, der sie zeigt und hoffentlich züchten kann.

So schön das alles ist – einen Nachteil hat der Tierpark: Er liegt abseits der großen Touristenströme der Stadt. Das macht sich leider

auch in den Besucherzahlen, also in den Finanzen des Tierparks, bemerkbar, die jährlich mit Millionen Zuschüssen aus Senatsmitteln ausgestattet werden müssen.

Im Dezember wurde die „Stiftung der Freunde des Hauptstadtzoo“ ins Leben gerufen, in die jeder einzahlen kann, um dem Tierpark finanziell zu helfen. Mit einer Spende von 300 Euro ist die Fraktion der LINKEN in der BVV dort bereits Mitglied geworden. Daneben besteht weiterhin die Möglichkeit, begrenzt oder auf Dauer eine Tierpatenschaft zu übernehmen. Auch der Förderverein für Tierpark und Zoo, dem z. B. auch Gesine Löttsch angehört, bleibt wirksam.

Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich hat nach zähem Ringen im November 2010 das Ehrengrab für Prof. Dr. Heinrich Dathe durchgesetzt. Dieser war 35 Jahre Direktor des Tierparks und hat wesentlich zu dessen Ansehen und Ausformung beigetragen. Den Tierpark haben Generationen von Kindern erlebt.

Haben Sie eine interessante Geschichte zu erzählen? Waren Sie vielleicht Aufbauhelfer? Lassen Sie es uns wissen, die schönsten Geschichten wird „info links“ veröffentlichen.

Silke Wenk

- Eine beispielhafte Liebeserklärung der Autorin an den Tierpark ist im Internet unter [www.youtube.com/watch?v=8\\_wQW4yUTnk](http://www.youtube.com/watch?v=8_wQW4yUTnk) zu finden.

## Worauf es ankommt

Von Martin Walter

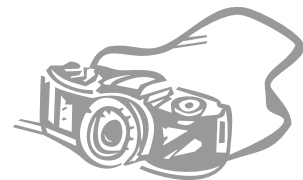
„Für alles, was DIE LINKE tut oder lässt, ob im Bund, im Land oder im Bezirk, werde ich von meinen Mitbewohnern verantwortlich gemacht“, beklagte sich ein Genosse bei mir. „Und mir geht es so an meinem Arbeitsplatz“, sekundierte seine Frau. „Aber das ist doch gut so“, entgegnete ich. „Es beweist, dass ihr in eurem Umfeld als LINKE bekannt und anerkannt seid. Es zeigt auch, dass vielen eben nicht egal ist, was wir LINKE woll'n und tun. Daraus zieht unsere Partei ihre Kraft.“

Für unsere Ziele geduldig zu werben, hat jedes Mitglied eine große Verantwortung, zumal die bezahlten politischen Meinungsmacher aller Medien alles tun, die Politik der LINKEN zu verteufeln. Sie verfahren skrupellos nach dem Goethe-Wort: „Im Auslegen seid frisch und munter! Legt ihr's nicht aus, so legt was unter“; zum Beispiel, DIE LINKE wolle den Kommunismus einführen. Antikommunismus ist nach wie vor „in“; er ist systemimmanent. Er wird – wir erleben es gerade – immer dann verschärft, wenn das kapitalistische Gesellschaftssystem in die Krise stürzt. Gewiss ist die hysterische Reaktion auf Gesine Löttschs Beitrag in der Jungen Welt auch Ausdruck der tiefen Verunsicherung, welche die Herrschenden angesichts der nicht bewältigten Krise und des wachsenden Einflusses der LINKEN befallen hat.

Lassen wir uns nicht vom Geheul jener einschüchtern, die sich wieder einmal zur gnadenlosen Hatz auf alle aufgemacht haben, die eine andere als diese Gesellschaft für notwendig und möglich halten. Richten wir unbeirrt gemeinsam unsere Kraft auf jene Aufgaben, die heute gelöst werden müssen, ohne unsere Zukunftsvision aus den Augen zu verlieren.

## In dieser Ausgabe

- Wie abstimmen beim Volksentscheid am 13. Februar? (Seite 2)
- Gesine Löttsch: Zukunftspartei (Seite 3)
- Schulreform gut umsetzen (Seite 4)
- Wahlprogramm der LINKEN (Seite 5)
- Investitionen für Europa (Seite 7)



## Volkssentscheid am 13. Februar

DIE LINKE hat die völlige Offenlegung der Verkaufsverträge für die Berliner Wasserbetriebe immer gefordert und noch vor Abschluss des Volksbegehrens durchgesetzt. Zum Volkssentscheid am 13. Februar haben wir jedoch zwei gravierende Einwände:

Das erste der beiden zentralen Anliegen des Volkssentscheides lautet: „Alle bestehenden und künftigen Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe sind mit Ausnahme personenspezifischer Daten vorbehaltlos offen zu legen.“ Das ist bereits erfüllt, denn die Wasserverträge sind offengelegt. Doch Rot-Rot ist noch weiter gegangen und hat 2010 auf maßgebliches Betreiben der LINKEN das bundesweit einmalige Informationsfreiheitsgesetz beschlossen. Ab sofort sind alle Verträge zur Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Inkrafttreten vollständig zu veröffentlichen und Geheimabkommen strikt verboten. Damit ist bereits weitaus mehr erreicht als der Wassertisch fordert. Der Volkssentscheid greift also zu kurz; die rot-rote Realität ist weiter.

Das zweite zentrale Anliegen des Volkssentscheides lautet: Die Verträge „bedürfen einer

eingehenden öffentlichen Prüfung und Aussprache unter Hinzuziehung von unabhängigen Sachverständigen und der Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin. Sie sind unwirksam, wenn sie nicht im Sinne dieses Gesetzes abgeschlossen und offen gelegt werden.“

Das bedeutet faktisch, die Teilprivatisierung im Nachhinein für nichtig zu erklären, weil sie nicht nach Kriterien zustande kam, die zwölf Jahre nach Vertragsabschluss aufgestellt wurden. Damit würde aber das Land Berlin vor jedem Gericht eine schwere Niederlage erleiden.

Erfolg versprechen hingegen der von Rot-Rot angestrebte Rückkauf der privatisierten Anteile an den Wasserbetrieben sowie die von Rot-Rot angestrebte Überprüfung der Wasserpreise durch das Bundeskartellamt. Das wird wahrscheinlich zur deutlichen Absenkung der Wasserpreise und damit des Verkaufswerts der Wasserbetriebe führen und den Rückkauf erleichtern.

Weil wir politisch weiter und noch dazu juristisch auf der sicheren Seite sind, empfehlen wir, am 13. Februar 2011 nicht zuzustimmen.

*Peter-Rudolf Zottl*



Auch in diesem Jahr waren wieder Zehntausende nach Friedrichsfelde gekommen, um Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu gedenken. Auch Mitglieder der Lichtenberger LINKEN ehrten die ermordeten Vertreter der Arbeiterbewegung.

## Tierpark-Anfrage

DIE LINKE in Lichtenberg engagiert sich vielfältig für den Erhalt des Tierparks. Die im Dezember in den Medien diskutierten Finanzierungsprobleme des Tierparks nahm zum Beispiel Giyasettin Sayan, Lichtenberger Abgeordneter der LINKEN, zum Anlass, in einer Kleinen Anfrage den Senat nach den Perspektiven des Tierparks zu fragen.

Aus der Antwort des Senats geht hervor, dass ein noch für dieses Jahr gültiger Zuwendungsvertrag die Leistungsfähigkeit und Attraktivität von Zoo und Tierpark sichert. „Die Zoo AG ist wirtschaftlich in einer guten Position, so dass es die Senatsverwaltung für Finanzen für vertretbar ansieht, die institutionelle Förderung ab 2012 einzustellen. Die Tierpark GmbH wird dagegen auch in den Jahren ab 2012 auf eine institutionelle Förderung aus dem Landeshaushalt angewiesen sein. Die finanziellen Rahmenbedingungen hierfür werden im Haushaltsplan 2012/2013 zu schaffen sein.“ Bislang unterstützen den Tierpark Berlin als Sponsoren vor allem die HOWOGE, die MBS, die Wall AG, die Berliner Volksbank und der rbb.

Auf die Frage nach baulichen Verbesserungen in den kommenden Jahren lautete die Senatsantwort: „Die umfangreichsten investiven Maßnahmen, die in den nächsten Jahren geplant sind, – sofern die Finanzierung sichergestellt werden kann – sind die Umgestaltung des Alfred-Brehm-Hauses, die Neugestaltung der Großkatzenanlage sowie der Bau eines Südostasien-Hauses.“ -kl-

## Winter ade?

Der zeitige und heftige Wintereinbruch schon Anfang Dezember brachte für das Ordnungsamt Lichtenberg auch täglich dutzende Anfragen und Beschwerden. Alles in allem scheint sich die von Umweltsenatorin Katrin Lompscher jetzt klar geregelte Verantwortlichkeit für den Winterdienst zu bewähren. Grundstückseigentümer sind zuständig, und wer nicht räumt, wird zur Kasse gebeten: 273-mal bis Redaktionsschluss. 183-mal wurden Eigentümer gemahnt, 113-mal die BSR um Hilfe gebeten, dem lagen 697 Beschwerden für den Zeitraum von zwei Monaten zugrunde.

Angesichts des aufgeregten Tons so mancher Beschwerde wünscht sich der zuständige Stadtrat Dr. Andreas Prüfer aber auch etwas mehr Gelassenheit – solche Schneemassen zu räumen, dauert auch mal ein bisschen. Die Freude an einem ordentlichen Winter sollte manche Beschwerlichkeit aufwiegen. J. P.



## Zukunftspartei

von Gesine Lötzsich, MdB

Unsere Partei hat in den letzten 20 Jahren Unglaubliches erreicht! Wir haben das Vertrauen vieler Menschen gewonnen, weil wir uns für ihre Alltagsorgen engagiert haben. Genossen haben sich um Rentenbescheide, Mietschulden, Arbeitslosengeldanträge und viele andere Fragen des alltäglichen Lebens gekümmert. Ein Wahlspruch der PDS hieß: „Eine Partei für den Alltag, nicht nur für den Wahltag“. So haben wir sehr gute Wahlergebnisse erzielt.

### Der Alltag stellt neue Fragen

Mit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik zog in unser Land eine grundsätzliche Verunsicherung ein. Der Ingenieur bei Mercedes wurde auf Kurzarbeit gesetzt. Auch gut ausgebildete Menschen mussten erkennen, dass unabhängig von ihrem Fleiß und ihrem Können ihr Arbeitsplatz durch eine Finanzkrise gefährdet werden kann. Schon während der jüngsten Krise stiegen die Verkaufszahlen des Marx-schen „Kapitals“ sprunghaft an. Besonders junge Menschen wollten so grundlegende Zusammenhänge des Kapitalismus und der Kapitalismuskritik analysieren.

Auch wir werden gefragt, ob in Zukunft Krisen gemeistert werden können. DIE LINKE hat viele Vorschläge gemacht, wie man solche Existenz gefährdende Krisen eindämmen kann. Doch wir wissen, dass Krisen Teil des Kapitalismus sind. Ich finde, dass die Menschen, deren Vertrauen wir durch unsere Alltagsarbeit gewonnen haben, auch ein Recht darauf haben, mit uns über Zukunftsvorstellungen zu diskutieren.

### Demokratischer Sozialismus

Wir haben in unserem Programmentwurf unsere Vorstellung vom demokratischen Sozialismus formuliert. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung, und wir werfen die Eigentumsfrage auf. Das ist weitgehend, aber in der Bevölkerung kaum bekannt.

Ich habe deshalb eine Diskussion über die Zukunft der Gesellschaft anstoßen wollen. Und es wird diskutiert. Gerade die sogenannte Internetgeneration schreibt sich in den Internet-Blogs die Finger wund, um über die Zukunft unserer Gesellschaft zu diskutieren. Als ich bei Illner im ZDF war, gab es parallel im Internet eine heftige Debatte, die selbst die Redaktion ins Staunen versetzte. Beim

Jahresauftakt unserer Partei und Fraktion habe ich die Position vertreten, dass wir die Alltagsfragen mit den Zukunftsfragen verbinden müssen, wenn wir erfolgreich bleiben wollen.

### Erwartungen an unsere Partei

Bei den letzten Berliner Abgeordnetenwahlen hatten wir viele unserer Wählerinnen und Wähler verloren, leider auch in Lichtenberg. Ich habe mit sehr vielen Menschen gesprochen, die uns nicht mehr gewählt haben. Ihre Begründung: „Die Armut kann die SPD genauso gut verwalten wie ihr. Dafür brauchen wir euch nicht.“

gen verbinden, was beinhaltet, sowohl die Potenzen der heutigen Gesellschaft für die Menschen auszuschöpfen als auch über die Grenzen hinauszuzielen. Und auch unsere bisherigen Zukunftsvisionen sowie Zukunftsversuche sehr, sehr kritisch zu analysieren.

### Keine zweite SPD

In unserer Partei gibt es den Konsens, dass wir in unserem Land keine zweite SPD brauchen. Was heißt das eigentlich? Die grundsätzliche Antwort ist: Unsere Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft bleibt nicht im kapitalistischen System stecken, sondern geht



*Gesine Lötzsich rief am 8. Januar auf dem Hamburger Wahlparteitag der LINKEN dazu auf, selbstbewusst in das Wahljahr zu gehen.*

Unabhängig davon, wie man dazu steht, wird doch deutlich: DIE LINKE ist die einzige Partei in diesem Land, die bereit ist, über das kapitalistische System hinauszudenken und in der heutigen Gesellschaft – wie schon der Gründungsparteitag der PDS formulierte – nicht das Ende der Geschichte sieht. Und genau das wird von uns erwartet, im grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Diskurs sowie auch im Zusammenhang mit unserer „Alltagspolitik“.

Das macht einigen im Establishment mehr Angst, als ich gedacht habe. Denn wenn wir grundsätzliche Fragen der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft aufwerfen, dann werden diese Herrschaften ungemütlich. Darum bleiben wir dabei: Alltagsprobleme mit Zukunftsfragen

weiter, auch wenn unser konkretes Zukunftsbild noch nicht klar konturiert sein kann. Gerade deshalb müssen wir mit der Gesellschaft über den demokratischen Sozialismus und seine Perspektive diskutieren und uns in diesem Sinne als Alltags- und Zukunftspartei profilieren.

### Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsich** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787
- **Sprechstunde:** 1. Februar, 17 Uhr, Bürgerbüro (bitte anmelden)

**Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!**



## Schulreform gut umsetzen

Am 13. Dezember 2010 trafen sich auf Einladung der LINKEN in der BVV interessierte Bürger und einige Schulleiter, um gemeinsam mit den Referenten eine Zwischenbilanz der rot-roten Schulreform zu ziehen.

Frau Reich (Schulleiterin der Mildred-Harnack-Sekundarschule) lobte die Zielrichtung der Schulreform, kritisierte aber, dass die Fortbildungsangebote und die Personalausstattung verbessert werden müssten. Gerade für den Ganztagsbetrieb sei ausreichendes, auch nicht-pädagogisches Personal besonders wichtig.

Für den Senat machte Siegfried Arnz deutlich, dass es überwiegend positive Signale aus den Schulen gibt. Die Schülersmischung an den neuen integrierten Sekundarschulen stimme. Von ihr würden sowohl die stärkeren als auch die schwächeren Schüler profitieren. Er kündigte an, dass sich der Senat den Problemen widmen werde und vereinbarte auch gleich Termine mit den anwesenden Schulleitern. Damit war auch gleich ein Ziel der Veranstaltung, nämlich die schnelle und unbürokratische Hilfe für die Schulen, erreicht.

Sebastian Schlüsselburg (DIE LINKE) betonte, die Zielstellung der Schulreform stimme: Ab jetzt stehe allen Schülern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft der Weg zum Abitur offen. Allerdings plädiert DIE LINKE für Nachbesserungen: So müsse das Probejahr und das zwangsweise Sitzenbleiben an den Gymnasien abgeschafft werden. Auch die Auf-

nahmekriterien für die weiterführenden Schulen (Sekundarschule, Gymnasien, Gemeinschaftsschulen) müssten kritisch begleitet und wenn nötig überarbeitet werden. Auch sollten alle Sekundarschulen schrittweise den getrennten Unterricht nach Leistungsniveaus überwinden.

Dem pflichtete auch Hans-Martin Geßler von der Fritz-Reuter-Schule bei. Es widerspreche dem Selbstverständnis der Schulreform und vieler Sekundarschulen, wenn man zwar die Haupt- und Realschule abschaffen würde, dann aber innerhalb der eigenen Schule doch wieder sortieren müsste.

Tobias Barthl, Schulleiter der Grundschule im Grünen, machte deutlich, dass sich diese Probleme des Übergangs und der Differenzierung an den Gemeinschaftsschulen nicht stellen. Er sei froh, dass seine Schule nunmehr an der Pilotphase teilnehme. Die Versammlung fasste den Beschluss, sich am Ende des Schuljahres erneut zu treffen. Bis dahin bleibt DIE LINKE am Ball und steht den Schulen weiter hilfreich zur Seite. *Janneh Magdo*

*Thema und Verlauf der Veranstaltung haben so manchen Teilnehmer angeregt, die Uhr zu vergessen und weiter zu debattieren.*



Foto: Joachim Pampel

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

### Kiezstabilisierung

250 000 Euro werden 2011 aus dem Bezirkshaushalt zur sozialen Stabilisierung verschiedener Wohnquartiere bereitgestellt. Die auf Initiative der LINKEN eingestellten Mittel fließen an 18 Projekte rund um die Biesenbrower Straße, die Ribnitzer Straße und die Straße Am Tierpark.

### Bezirkskulturfonds 2011

Der Bezirkskulturfonds fördert in diesem Jahr 13 Projekte für etwa 39 400 Euro. Dem Bezirk lagen 24 Anträge mit einem Volumen von insgesamt 85 500 Euro vor. Das Land Berlin stellt allen Bezirken insgesamt 511 000 Euro zur Verfügung.

### Besucherrekord

103 000 Besucher hatte das Theater an der Parkaue im Jahr 2010. Das waren 15 000 mehr als im Vorjahr. Für 2 400 Kinder und Jugendliche aus Schulen in sozialen Brennpunkten war der Theaterbesuch kostenlos.

### 100 000 Euro

Diese Summe steht 2011 für den Lokalen Aktionsplan „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ in Hohenschönhausen zur Verfügung. 80 000 Euro davon werden für größere Projekte bereitgestellt. Vorschläge dazu bitte bis zum 28. Februar an die Koordinierungsstelle Lichtenberg, c/o KULTSchule, Sewanstraße 43, 10319 Berlin, richten.

### Kursangebote

720 Kurse bietet die Volkshochschule Lichtenberg im Frühjahrssemester 2011 an. Besonders gefragt sind die Angebote zu den Themen Gesundheit und Weiterbildung. Weitere Infos: [www.vhs-lichtenberg.de](http://www.vhs-lichtenberg.de).

### Anträge

Bei der S-Bahn-Sanierung sollen Privatisierungen ausgeschlossen werden. Das verlangte die Fraktion der LINKEN in der BVV am 27. Januar. Ferner schlug die Fraktion vor, die Gemeinde der Koptisch-Orthodoxen Kirche bei der Sanierung ihres Gemeindehauses und der Kirche am Roedeliusplatz zu unterstützen.

## Eckpunkte des Wahlprogramms der LINKEN

Mitte Januar tagte der Landesvorstand der Berliner LINKEN in Klausur. Dem Gremium lag eine Materialsammlung als Eckpunkte-Entwurf für ein Wahlprogramm zur Berliner Wahl vor. Er war die Grundlage für eine Debatte über die Schwerpunkte des zu beschließenden Wahlprogramms. Diese sollen auch auf einer Basiskonferenz am 18. Februar vorgestellt und diskutiert werden. Aufgabe der kommenden Wochen wird es sein, die Eckpunkte so zu debattieren, dass der Entwurf eines Wahlprogramms erarbeitet werden kann, über den der Landesparteitag am 27. März befinden kann. Antragsschluss dazu ist der 27. Februar.

Landesvorsitzender Klaus Lederer hob hervor, dass zehn Jahre nach dem Bankenskandal und dem Scheitern des schwarz-roten Dieppen-Senats Berlin die Ausstrahlung einer modernen Metropole habe. Es werde nicht mehr von der Hauptstadt des Filzes und der Korruption gesprochen. Zwar seien Repression und Ausgrenzung noch nicht verschwunden, doch seien sie nicht länger stadtpolitische Strategie. Wenn Berlin als lebendig, bunt, weltoffen und erschwinglich für viele Menschen empfunden werde, habe dies auch mit einer Stadtpolitik zu tun, welche DIE LINKE ganz erheblich prägen konnte. Dazu gehören die Schaffung von 120 000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, die Ablehnung von Studiengebühren, ein hervorragendes Kita-Angebot, eine Jahrhundertreform im Schulwesen und sanierte öffentliche Unternehmen sowie ein „Quantensprung“ in direkter Demokratie – Bürgerentscheide gehören fast schon zum städtischen Alltag.

Der Landesvorstand verständigte sich auf folgende Schwerpunkte:

1. Schaffung von Rahmenbedingungen, damit 150 000 neue Arbeitsplätze entstehen können – gute Arbeitsplätze: sozialversicherungspflichtig, angemessen tariflich entlohnt, unter anständigen Arbeitsbedingungen und mit gesicherter Mitbestimmung.
2. In der Schulpolitik sind die eingeleiteten Reformen fort- und zum Erfolg zu führen. Dafür werden im Bildungsbereich Lücken zu schließen sein. Das betrifft insbesondere die Ganztagsbetreuung in der Schule. Jedes Kind soll vom Schulbeginn bis zur 6. Klasse in der Zeit von 8 bis mindestens 16 Uhr ein altersgemäßes schulisches Angebot erhalten, kostenfrei und ohne Bedarfprüfung.
3. Die vor allem im unteren Segment steigenden Mieten werden uns beschäftigen. Schon seit längerem streiten wir mit der

SPD, wie dieser Entwicklung zu begegnen ist. Wir sehen die kommunalen Wohnungsgesellschaften in der Pflicht, überall, aber besonders in innerstädtischen Lagen für Menschen mit kleinem Geldbeutel erschwinglichen Wohnraum zu sichern. Die Wohnungsunternehmen müssen dann aber auch entsprechend politisch gesteuert werden. Wir werden Vorschläge für einen neuen sozialen Wohnungsbau vorlegen, der – anders als der überkommene Westberliner Asozial-Wohnungsbau – den Mieterinnen und Mietern zugutekommt und kein Subventionsprogramm für die Immobilienwirtschaft ist.

4. Die Rückgewinnung und der Ausbau des öffentlichen Einflusses auf die Unternehmen der sozialen Daseinsvorsorge liegen uns schließlich ebenfalls am Herzen. Wir stehen für die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe, für mehr kommunalen Einfluss auf den Betrieb der S-Bahn, für einen Einstieg Berlins bei den Energienetzen und für den Aufbau eines kommunalen Öko-Energieversorgers in den kommenden Jahren.



### Personalvorschlag

Auf der Klausurtagung schlug die Personalgruppe des Landesvorstandes dem Landesvorstand folgendes Spitzenteam vor:

- Platz 1: Harald Wolf
- Platz 2: Carola Bluhm
- Platz 3: Katrin Lompscher
- Platz 4: Klaus Lederer
- Platz 5: Martina Michels
- Platz 6: Udo Wolf
- Platz 7: Katrin Möller

Der Landesvorstand diskutierte diesen Vorschlag und stimmte ihm einstimmig, ohne Enthaltungen zu. Dieser Vorschlag wird der Landesvertreterversammlung am 9. und 10. April unterbreitet werden. Der weitere Listenvorschlag wird in einer der nächsten Sitzungen besprochen.

*Martin Walter*

## Veranstaltungen

- **Mittwoch, 2.2., 19 Uhr \***  
Beratung des Bezirksvorstandes der LINKEN mit Mitgliedern in Vereinen, Verbänden und Beiräten
- **Dienstag, 8.2., 18 Uhr**  
„Die jüngsten Entwicklungen in Lateinamerika – Erkenntnisse und Anregungen für die Diskussionen der Linken um sozialistische Alternativen“, mit Prof. Helma Chrenko und Dr. Achim Wahl; Moderation: Prof. Klaus Steinitz, Forum Wirtschafts- und Sozialpolitik; Helle Panke, Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin, Kostenbeitrag: 1,50 €
- **Sonntag, 12.2.**  
Unterstützung des Wahlkampfes der LINKEN in Hamburg, Interessenten bitte in der Geschäftsstelle melden!
- **Dienstag, 15.2., 19 Uhr**  
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Freitag, 18.2., 15 Uhr**  
„Die Konzeption von Fritz Naphtali – gewerkschaftliche Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie?“, Veranstaltung des Marxistischen Forums, Referent: Florian Moritz, Karl-Liebknecht-Haus, Konferenzraum 1, Kleine Alexanderstraße 28
- **Freitag, 18.2., 17 – 19 Uhr**  
Parteisprechstunde mit Gesine Lötzsch für Mitglieder der LINKEN, Anmeldung erbeten; Karl-Liebknecht-Haus
- **Sonntag, 19.2., 5 Uhr**  
„Dresden nazifrei! – europaweiten Aufmarsch der Neonazis verhindern“, Busse ab Parkplatz O<sub>2</sub>-World, Karten im Karl-Liebknecht-Haus (10 €), Infos zum Bündnis unter: [www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com), Kontakt: Bürgerbüro Dresden, Bischofsplatz 6, 01097 Dresden (Di.: 15 – 19 Uhr, Mi.: 14 – 18.30 Uhr, Fr.: 15 – 19 Uhr), Telefon: 0351-899 68 45
- **Mittwoch, 23. Februar, 19 Uhr**  
„Wo bleibt die Wende? – Hat Deutschland aus der Wirtschaftskrise nichts gelernt?“, Podium u. a. mit Dr. Gesine Lötzsch (MdB und Parteivorsitzende der LINKEN), Prof. Rudolf Hickel (Institut für Arbeit und Wirtschaft, Bremen), Michael Schlecht (MdB, Chefvolkswirt der Linksfraktion im Bundestag); Rosa-Luxemburg-Saal im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28
- **Donnerstag, 28.2., 17 – 22 Uhr**  
Tagung der BVV Lichtenberg; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36

Veranstaltungsort: \* Alfred-Kowalke-Straße 14

## Alles Müll?

So schimpfen manche über die neuen Bestimmungen zur Mülltrennung. Peter-Rudolf Zotl sprach mit Marion Platta über oft geäußerte Vorwürfe und bat um Antwort auf die in diesen Debatten am häufigsten gestellten Fragen.

### ● Was wurde konkret festgelegt?

Laut der seit 23. Juli 2010 geltenden novellierten Berliner Bauordnung sind bis 31. Dezember 2013 die herkömmlichen Müllabwurfanlagen zu schließen.

### ● Warum?

Erstens sollen die vielen wieder verwendbaren Wertstoffe nicht mehr über den Hausmüll entsorgt, sondern durch gezielte Abfalltrennung wieder genutzt und so ein sparsamer Umgang mit den immer geringer werdenden Ressourcen befördert werden. Es macht schon einen Unterschied, ob ich den Müllbeutel in den Müllschlucker werfe und dann wegen drei Flaschen und einem Plastikbeutel noch extra zum Ende des Häuserblocks laufen soll oder ob ich mit all meinem Müll direkt vor den verschiedenen Tonnen stehe. Im zweiten Falle trenne ich, weil es unkompliziert ist, aber im ersten Falle werfe ich schon einmal Flaschen und Plastik mit ab. Und was in den Hausmüll kommt, wird überwiegend verbrannt.

Eine unnötig hohe Müllverbrennung ist zweitens eine extreme Belastung der Atmosphäre und des Klimas. Drittens sind wir durch europäische und Bundesrichtlinien verpflichtet, verbindliche Bedingungen für eine konsequente Wertstofftrennung zu finden.

## Unsere Sprechstunden

### ● Evrim Baba-Sommer:

☎ 0172-39 25 870, 16. Februar, 16 Uhr, Bürgerbüro Ahrenshooper Straße 5

### ● Marion Platta: ☎ 0170-698 92 55,

10. Februar, 17 Uhr, Klub „Magnet“, Strausberger Straße 5

### ● Giyasettin Sayan: ☎ 0171-703 01 63,

2. Februar, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus

### ● Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:

☎ 0151-1560 2356, 2. Februar, 18 Uhr, Klub „Magnet“, Strausberger Straße 5, sowie 7. Februar, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus, Raum 417 a

Wir kommen auch gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**



Marion Platta, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus und direkt im Wahlkreis 3 gewählt.

### ● Das ist einzusehen, aber warum fand das alles als Überraschungscoup statt?

Zumindest für die Wohnungsunternehmen war es keine Überraschung, denn seit einigen Jahren steht das Thema einer verstärkten Wertstofftrennung auf der Agenda. Wir haben diese Debatte seinerzeit auch in die Medien gebracht, aber kaum Reaktionen erfahren.

Die Unternehmen haben unterschiedlich agiert. Einige, wie z. B. die „Fortuna“, haben mit ihren Mietern kommuniziert, sehr gute Bedingungen für die Abfalltrennung geschaffen und die Müllschlucker „abgeschaltet“. Andere haben die Kommunikation zum Thema vermieden und für viel Geld ihre Abwurschächte saniert. Streng genommen waren das Fehlinvestitionen, und um das zu kaschieren – so hat man den Eindruck –, reden sie jetzt von einem politischen Überraschungscoup durch Rot-Rot. Allerdings räume ich ein, dass wir zwischenzeitlich durchaus nochmals informieren und argumentieren hätten sollen.

### ● Was nützt es, wenn wir den Müll trennen und die große Industrie so wenig macht?

Immer mehr Unternehmen erkennen den ökonomischen Wert der Wiederverwendung von Rohstoffen und machen schon aus Profitgründen immer mehr. Wenn auch sicher noch nicht genug, wie am Beispiel der Werbe- und Verpackungsindustrie erkennbar. Das eigentliche Problem sind eher Industriestaaten wie die USA und auch China, deren Produktions- und Lebensweise sich ökologischer Nachhaltigkeit noch entzieht. Aber das kann doch im Ernst keine Legitimation dafür sein, dass nun niemand etwas macht.

### ● Wird nicht mehr Energie verbraucht, wenn ich täglich mit dem Fahrstuhl zu den Mülltonnen fahre?

Ja, wenn man seine Wohnung allein nur dann verlässt, um Müll zu entsorgen. Aber das macht doch kaum einer. Man nimmt die Müllbeutel einfach mit, wenn man das Haus ohnehin verlässt. Das kostet kein Quäntchen Energie mehr.

### ● Ist es für ältere und behinderte Leute nicht unzumutbar, oftmals mehrere hundert Meter zu den Mülltonnen zu laufen?

Ohne entsprechende Hilfen ja. Deshalb ist ja Zeit bis Ende 2013, damit hausnahe Lösungen gefunden werden können. Zudem erschließt unser Bezirk gegenwärtig Wege, um bei Bedarf öffentliches Land zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

### ● Brauchen wir neue Mietverträge, wenn die Müllschlucker wegfallen?

Das soll wohl eher Ängste wecken, dass nun auch noch die alten DDR-Mietverträge ungültig werden. Wo der Müllschlucker überhaupt im Mietvertrag steht, kann das separat geändert werden. Ansonsten wird die Müllentsorgung über die Betriebskosten abgerechnet, und die sinken – wie alle Erfahrungen beweisen – mit der getrennten Abfallentsorgung spürbar.

### ● Es gibt aber ein Gutachten der BSR, dass Mülltrennung nichts bringt ...

Davon habe ich nur in einer Genossenschaftszeitung gelesen. Ich sage nur: Die BSR erzielt umso höhere Erlöse, je mehr Müll sie verbrennt. Man sollte nur Gutachten glauben, die von unabhängigen und sachkundigen Experten kommen, und solche Gutachten gibt es in diesem Falle nicht.

### ● Gibt es Ausnahmeregelungen?

Nein, nicht nach 2013. Aber bis dahin sind drei Jahre Zeit, sich darauf einzurichten, verbindliche Wege für die Mülltrennung zu erschließen und sich von den herkömmlichen Abwurschächten zu trennen.

### ● Warum beweisen sozialdemokratische Politiker mehr Verständnis als unsere?

Auch wenn SPD-Politiker mitfühlend so tun, als hätten sie von nichts gewusst, ist diese Novelle eine Initiative der SPD. Und die angebliche Ausnahmeregelung von zwei Jahren, die der SPD-Baustadtrat für eine Genossenschaft herausgehandelt haben will, scheint sich mit der von uns beschlossenen Dreijahres-Frist bis Ende 2013 zu decken.

## Investitionen für Europa

Von Gesine Löttsch, MdB

Frau Merkel eilt in Europa von einem Großbrand zum nächsten. Sie will so den Eindruck erwecken, dass sie alles im Griff habe. Die Wahrheit aber ist, dass zahlreiche Brandherde weiter schwelen und es nur eine Frage der Zeit ist, wann sie wieder auflodern. Die Merkel-Regierung aber wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, nach den Brandursachen zu suchen, und sie ist auch nicht bereit, die Brandstifter zur Verantwortung zu ziehen, damit sie nie wieder ein neues Feuer legen.

### Ursachen der Euro-Krise

Frau Merkel sieht eine Ursache für diese Krise in den überschuldeten Haushalten der Euro-Länder und fordert deshalb einen eisernen Sparkurs. Es wurde ein so brutales Kürzungspaket für Griechenland geschnürt, dass selbst der beinharte IWF-Chef Strauss-Kahn Bedenken anmeldete. Das Ergebnis war vorhersehbar: Griechenland befindet sich in der heftigsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg und wird seine Schulden auf absehbare Zeit nicht zurückerzahlen können. Das hat aber nicht zur Änderung der falschen und kostspieligen Strategie der Bundesregierung geführt, sondern auch Irland, Spanien und Portugal wurde eine entsprechende Roskur verschrieben.

Die Ursache der Euro-Krise sind nicht überschuldete nationale Haushalte, sondern das

schnelle ökonomische Auseinanderdriften der Volkswirtschaften in der Euro-Zone. Die Agenda 2010 hat dies noch dramatisch beschleunigt. So werden z. B. in den französischen und dänischen Schlachthöfen Mindestlöhne gezahlt – in deutschen Schlachthöfen nicht. Deshalb mussten Schlachthöfe in Dänemark schließen, und die französischen Arbeitgeber fordern von der EU, in Deutschland auf Mindestlöhne zu drängen. Die Deregulierung des deutschen Arbeitsmarktes bringt alle anderen europäischen Länder, die gerechte Löhne zahlen, in größte Schwierigkeiten.

Eine andere Ursache der Euro-Krise liegt in der Fehlkonstruktion des Euro selbst. Waren die Väter des Euro wirklich so naiv zu glauben, dass allein die Währung in der Lage sei, diesen unterschiedlichen Volkswirtschaften Europas eine gemeinsame Basis zu geben? Nein, diese Art der Euro-Einführung war eine Einladung zum Schuldenmachen. Mit dem Euro in der Hand konnten auch schwache Volkswirtschaften zu niedrigen Zinsen Kredite aufnehmen und sehr zur Freude deutscher Exporteure in Deutschland auf Shoppingtour gehen.

### Worum es wirklich geht

Kann Frau Merkel aus ihren Fehlern nicht lernen, oder verfolgt sie ganz andere Ziele? Es geht gar nicht um ein gemeinsames, friedliches Europa; es geht vielmehr um die Rettung der Anlagen der deutschen Banken in diesen Ländern. Diese haben allein in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien 318 Milliarden Euro investiert, die sie ohne Verluste und hoch verzinst zurückhaben wollen. Das erwar-

ten die Banken von Frau Merkel. Sie muss uns endlich sagen, in wessen Auftrag sie eigentlich verhandelt: im Auftrag der Bürger oder im Auftrag dieser deutschen Banken? Für beide gleichzeitig geht nämlich nicht, weil die Interessen der Bürger nicht im Ansatz mit den Interessen der deutschen Banken deckungsgleich sind.

Was wir jetzt brauchen, sind Investitionen in die Zukunft Europas. Selbst das regierungsfreundliche Handelsblatt fordert jetzt ein europäisches Konjunkturprogramm von 347 Milliarden Euro, um aus dieser schweren Krise herauszukommen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fordert eine einmalige Vermögensabgabe zur Sanierung unserer Haushalte. Doch jedes Konjunkturprogramm ist für die Katz, wenn wir nicht endlich die Finanzmärkte wirksam regulieren.

Es ist doch sinnlos, wenn wir die öffentlichen Haushalte nur sanieren, damit wir wieder die Kosten der nächsten Finanzkrise übernehmen können. Es ist für mich völlig unbegreiflich, dass es die Bundesregierung seit zwei Jahren nicht geschafft hat, für eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte zu sorgen. Neuerdings fordert Frau Merkel die privaten Anleger auf, ein Risiko mitzutragen. Aber warum fängt sie nicht gleich bei den deutschen Banken an?

### Was wir wirklich brauchen

Die Linke fordert eine Finanztransaktionssteuer und eine wirksame Kontrolle der Finanzmärkte. Wer eine Währung ohne eine abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik einführt, der handelt unglaublich verantwortungslos.

Es ist doch völlig absurd, in der Europäischen Union eine Konkurrenz um die niedrigsten Unternehmenssteuern überhaupt zuzulassen. Noch absurder ist es, dass Irland EU-Hilfen bekommt, ohne dass eine Anhebung der unanständig niedrigen Unternehmenssteuern vereinbart wurde. So werden die Dinge nie in Ordnung gebracht.

Wir als Linke sind der Auffassung, dass der Euro nur gerettet werden kann, wenn die Finanzmärkte streng kontrolliert und reguliert werden und endlich eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik vertraglich vereinbart wird. Euro-Bonds oder der Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank sind im Rahmen einer Rettungsaktion als Übergangslösung wichtig. Die erforderliche grundsätzliche Revision des Lissabonner Vertrages ersetzen sie allerdings nicht.



Zentrales Thema für DIE LINKE auf der Grünen Woche 2011 war in diesem Jahr der Wald. Passend zum Thema las Gesine Löttsch zur Eröffnung aus dem Buch „Waldmärchen“ vor.



## Heiner Müller ehren – aber wie?

Der viele Jahre in Friedrichsfelde lebende Dramatiker Heiner Müller wäre am 9. Januar 82 Jahre geworden. Eine Veranstaltung im Rathaus am 21. Januar erinnerte an den Lichtenberger von Weltrang. Hintergrund war ein Beschluss gewordener Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Lichtenberger BVV, den Autor dauerhaft in seinem früheren Heimatbezirk zu ehren.

Weggefährten und Gäste, darunter viele Kenner der Werke Heiner Müllers und Mitglieder der Heiner-Müller-Gesellschaft, Verordnete und interessierte Bürger erörterten an diesem Abend Ideen, in welcher Weise Heiner Müller in Lichtenberg angemessen und lebendig geehrt werden kann.

Der am 30. Dezember 1995 in Berlin verstorbene Autor und kritische Zeitgeist hatte viele Berührungspunkte mit dem Bezirk. Sein erstes Theaterstück „Lohndrücker“ wurde von der Aktivistentat des Hans Garbe im VEB Elektrokohle Lichtenberg in der Herzbergstraße

inspiriert. Sein Stück „Die Umsiedlerin oder das Leben auf dem Lande“ wurde 1961 nach seiner Uraufführung in der Hochschule für Ökonomie an der Treskowallee verboten und Müller aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen. Viele Texte eines der bedeutendsten europäischen Dramatiker blieben in der DDR bis 1989 einem breiten Publikum verschlossen.

Bis heute lesenswert, anregend und unvergessen sind die in der Zeit von 1988 bis 1995 entstandenen Gespräche zwischen Alexander Kluge und Heiner Müller, in denen beide im philosophischen Diskurs deutsche und europäische Geschichte kommentieren. Der kritische Zeitgeist und unabhängige Denker fehlt in heutiger Zeit.

Kulturstadträtin Katrin Framke wird nun ein Heiner-Müller-Forum Lichtenberg berufen, in dem Bürger, Experten sowie Vertreter der Verwaltung diese Überlegungen bewerten und Vorschläge unterbreiten. *Katrin Framke*

## Buchtipps



### Ihr könnt ja nichts dafür!

Wer kennt das nicht! Da wird uns immer wieder erklärt, wie wir gelebt haben – und dass wir ja nicht die DDR-Diktatur verharmlosen dürfen. Nun lässt Peter Ensikat, pointensicherer Bühnen- und Kabarettautor, von 1999 bis 2004 künstlerischer Leiter der „Distel“, auch den Wessis Gerechtigkeit widerfahren – und verzeiht ihnen. In kurzen Texten, eben Kabarettscenen, charakterisiert er das, wofür man sich nach 60 Jahren Bundesrepublik schämen kann: den naht-

losen Übergang der großen Altnazis in die Demokratie und das nahtlose Fortleben des Antikommunismus, die deutschen Langzeitkanzler, die deutsche Talkshow ... Um Appetit zu machen, hier ein paar Überschriften: Die D-Mark, Der deutsche Adel, Der Russe als Gefahr an sich.

Und Dieter Hildebrandt bekennt in seinem „Mittewort“: „Ich kann ja auch nichts dafür!“ Das Ganze ist vergnüglich zu lesen, allerdings nicht alles auf einmal. Das empfiehlt sehr herzlich *Inge Junginger*

- Peter Ensikat: **„Ihr könnt ja nichts dafür! Ein Ostdeutscher verzeiht den Wessis“**, mit einem Einwurf von Dieter Hildebrandt. edition q im be.bra verlag, Berlin-Brandenburg 2010, 236 Seiten, ISBN 978-3-86124-648-0, 19,90 €

## info links

### Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

### Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: [lichtenberg@die-linke-berlin.de](mailto:lichtenberg@die-linke-berlin.de)

Web: [www.die-linke-lichtenberg.de](http://www.die-linke-lichtenberg.de)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 1/11: 24.1.2011

Die nächste Ausgabe erscheint am 3.3.2011

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 23.2.2011

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

## Kultur im Bezirk

- **Montag, 31.1., 18 Uhr**  
„geDRUCKtes“, Lesereihe mit Gesine Löttsch und Gästen: Otto Mellies „An einem schönen Sommermorgen ...“; Rosa-Luxemburg-Saal im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28
- **Dienstag, 1.2., 20 Uhr**  
„Geschichten und Lieder über Tiere“: Die Moderatorin Enie van de Meiklojkes und der Zoologe Hans-Joachim Herrmann plaudern über tierische Themen und geben Stichworte für die Schauspielerin und Sängerin Jessy Rameik sowie die Band Chili. Dr. Falk Dathe und Dagmar Frederic werden an Prof. Dr. Heinrich Dathe erinnern, Dagmar Frederic wird singen und aus ihrem aktuellen Buch „Schürt das Feuer“ lesen; Fauna-Salon, Schloss im Tierpark Friedrichsfelde, Eintritt: 19 €
- **Sonntag, 6.2., 11.30 Uhr**  
„mies-verstehen“: Sonntagsführung im Mies-van-der-Rohe-Haus; Oberseestraße 60, Eintritt: 5 €, bis 16 Jahre frei
- **Montag, 7.2., 19 Uhr**  
„Lass uns miteinander reden – aber wie?“, Methoden der gewaltfreien Kommunikation mit Yvonne Sarow (Moderation) und Birgit Kießling (Coach), Anmeldung und Vorverkauf: Anton-Saefkow-Bibliothek, Telefon: 902 96 37 73, Öffnungszeiten: Mo., Di., Do., Fr.: 9 – 19 Uhr, Mi.: 13 – 19 Uhr und Sa.: 9 – 15 Uhr; Anton-Saefkow-Platz 14, Eintritt 1 €
- **Sonntag, 13.2., 16 Uhr**  
„Die Bremer Stadtmusikanten“; Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Dienstag, 15. Februar, 10 Uhr**  
Lesung mit Ernst Röhl: „Zum Wörterbuch der Heuchelsprache“; Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Eintritt: 1,50 €
- **noch bis 24.2.**  
„Frauen und Gärten“, Zeichnungen, Grafik, Mischtechniken, Keramik von Maja-Helen Feustel und Martha Pflug; Studio Bildende Kunst, John-Sieg-Straße 13
- **Donnerstag, 3.3., 20 Uhr**  
Berliner Residenz-Orchester zu Gast auf Schloss Friedrichsfelde: Kammermusik von Johann Sebastian Bach. Auf dem Programm stehen das 5. Brandenburgische Konzert, Sätze aus der h-Moll-Suite und die Kaffee-Kantate, Eintritt: 19 €
- **noch bis 10.4.**  
Ausstellung: „Mies und sein Archivar“, Architekturfotografie von Ludwig Glaeser; Mies-van-der-Rohe-Haus, Oberseestr. 60